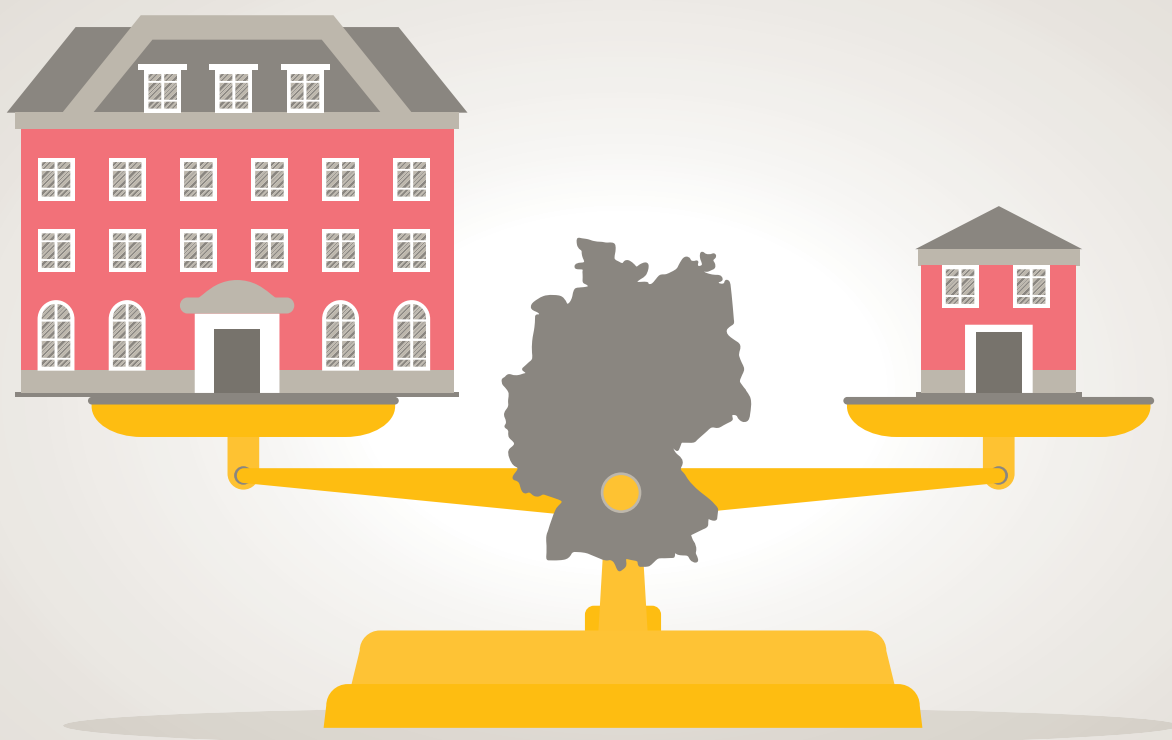


Lage, Lage, Lage



Wohnimmobilien. Drei von vier Bundesbürgern möchten gern im eigenen Haus oder in einer Eigentumswohnung leben, doch nur knapp die Hälfte der Bevölkerung bewohnt eine eigene Immobilie. Dass die Wohneigentumsquote schon seit Jahren stagniert, dürfte vor allem an den rasant gestiegenen Immobilienpreisen und Erwerbsnebenkosten liegen – wobei zwischen Metropolen wie München und strukturschwachen ländlichen Kreisen ein enormes Preisgefälle besteht. Um den insgesamt angespannten Wohnungsmarkt zu entlasten, braucht es eine antizyklische Wohnungsbaupolitik, wie IW-Immobilienökonom Pekka Sagner in seinem Kommentar für den iwd betont. —> [Seiten 2–4](#)

IW-Konjunkturumfrage

Die Stimmung in der deutschen Wirtschaft hat sich verbessert, Anhaltspunkte für einen spürbaren Aufschwung sind allerdings nicht zu erkennen.

—> [Seiten 8–9](#)

Digitale Dekade

Die EU will bis 2030 ehrgeizige Digitalisierungsziele erreichen. Doch bis dahin ist in den Mitgliedsstaaten noch viel zu tun – auch in Deutschland.

—> [Seiten 10–13](#)

Wie viel Quadratmeter gibt es für 388.000 Euro?

Wohnimmobilien. Viele Bundesbürger träumen vom Eigenheim. Doch die hohen Immobilienpreise und das gestiegene Zinsniveau führen dazu, dass Wohnungen und Häuser weniger erschwinglich geworden sind. Eine neue Wohnstudie zeigt, wie viel Quadratmeter sich Käufer in den einzelnen Regionen für eine durchschnittliche Investitionssumme leisten können.

In Deutschland lebt knapp die Hälfte der Bürger – nämlich 49 Prozent – in den eigenen vier Wänden. In keinem anderen EU-Staat ist die Wohneigentumsquote so niedrig. In den meisten Mitgliedsstaaten wohnen mehr als 70 Prozent der Menschen im Eigenheim; nur in Schweden, Frankreich, Dänemark und Österreich liegen die Quoten mit 54 bis 65 Prozent darunter. Rumänen leben mit 95 Prozent fast ausschließlich in der eigenen Wohnung oder im eigenen Haus, zudem sind ihre Wohnimmobilien meist schuldenfrei.

Glücklich sind die Deutschen mit dieser Situation nicht: Unabhängig von ihrer tatsächlichen Wohnsituation möchten nur 14 Prozent der Bevölkerung zur Miete wohnen, wie die Studie „Wohnen in Deutschland 2023“ feststellt, die der Verband der Sparda-Banken in Zusammenarbeit mit dem IW und dem Institut für Demoskopie Allensbach herausgegeben hat. Der Wunsch nach Eigentum ist dagegen groß: Rund 74 Prozent aller Bundesbürger würden am liebsten in einer Immobilie wohnen, die ihnen gehört. Von denjenigen, die aktuell zur Miete wohnen, würden rund 56 Prozent lieber im Eigentum

leben. Umgekehrt möchte nur gut 1 Prozent derjenigen, die derzeit im eigenen Haus oder in einer eigenen Wohnung leben, lieber zur Miete wohnen.

Obwohl sich die große Mehrheit also für das Eigentum ausspricht, stagniert die Wohneigentumsquote in Deutschland seit zwölf Jahren auf einem niedrigen Niveau. Welche Gründe hat das? Laut Wohnstudie sind es vor allem die hohen Immobilienpreise, gefolgt von der Sorge, die

Hypothekenraten irgendwann nicht mehr bedienen zu können. Auch der eingeschränkte finanzielle Spielraum, die hohen Zinsen für Baukredite sowie die Unsicherheit aufgrund aktueller Krisen halten potenzielle Immobilienkäufer ab.

Eine weitere große Hürde sind – vor allem für junge Immobilienkäufer – die inzwischen hohen Erwerbsnebenkosten (Grafik):

Für eine durchschnittliche Immobilie mit 119 Quadratmetern

Erwerbsnebenkosten: Binnen zehn Jahren verdoppelt

Durchschnittliche Erwerbsnebenkosten für eine 119 Quadratmeter große Wohnimmobilie in Deutschland in Euro



	2012	2017	2022
Grunderwerbsteuer	10.343	14.531	23.192
Maklerprovision	8.619	12.109	13.799
Notar- und Grundbuchkosten	2.629	3.693	5.895
Insgesamt	21.590	30.334	42.886

119 Quadratmeter: durchschnittliche Größe einer Eigentumsimmobilie, die man in Deutschland im Jahr 2022 für die durchschnittliche Investitionssumme von 388.000 Euro erhielt

Quellen: FUB IGES Wohnen/Immobilien/Umwelt GmbH, Institut der deutschen Wirtschaft
© 2023 IW Medien / iwd

Wohnfläche haben sich die Kosten für die Grunderwerbsteuer, den Makler, den Notar und die Grundbucheintragungen zwischen 2012 und 2022 fast verdoppelt.

119 Quadratmeter – so viel Wohnfläche hätte jeder Immobilienkäufer im Jahr 2022 in Deutschland rein rechnerisch erhalten, wenn man die Durchschnittskosten für einen Immobilienkauf von 388.000 Euro zugrunde legt. Tatsächlich bekommt man exakt 119 Quadratmeter für diesen Kaufpreis nur im Landkreis Roth im bayerischen Mittelfranken.

In allen sieben deutschen Metropolen lassen sich mit dieser Kaufsumme dagegen nur deutlich kleinere Wohneinheiten realisieren (Grafik):

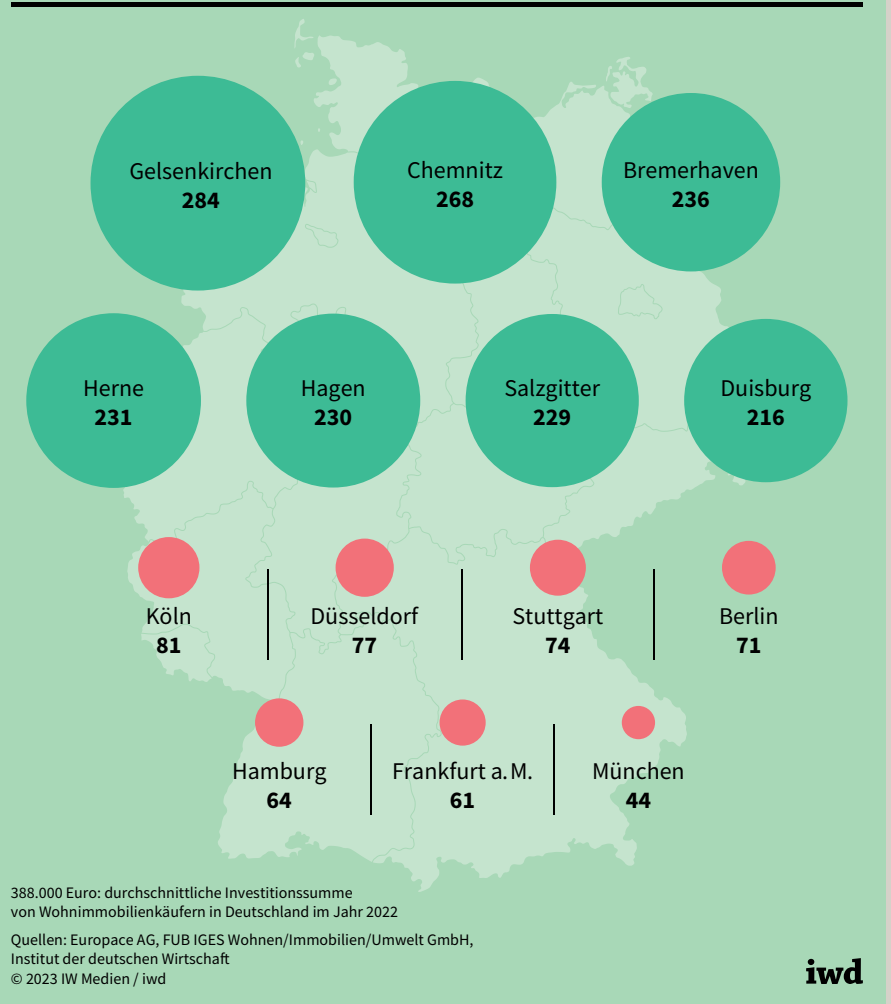
In München gibt es für 388.000 Euro im Schnitt lediglich eine 44-Quadratmeter-Wohnung, in Köln kann man dafür 81 Quadratmeter erwerben.

Auch in einer ganzen Reihe von kleineren Städten liegen die Quadratmeterpreise für Wohneigentum über dem Bundesdurchschnitt von 3.250 Euro. Die teuerste Mittelstadt – das sind Städte mit 100.000 bis 600.000 Einwohnern – ist Potsdam mit einem Quadratmeterpreis von knapp 5.300 Euro. Zweitteuerste Mittelstadt Deutschlands ist Freiburg im Breisgau (mit rund 5.180 Euro pro Quadratmeter), gefolgt von Heidelberg (mit 4.900 Euro pro Quadratmeter) und Regensburg (mit annähernd 4.890 Euro pro Quadratmeter).

Die wirtschaftsstarke Universitätsstädte setzen sich damit klar von günstigeren Mittelstädten ab, in denen sich mit 388.000 Euro deutlich mehr als die Durchschnittswohnung mit 119 Quadratmetern finanzieren lässt: In Gelsenkirchen und Chemnitz gibt es dafür mit durchschnittlich 284 beziehungsweise 268 Quadratmetern sogar mehr als das Doppelte an Wohnfläche. In Wuppertal sind es

Wohneigentum: Günstige Städte, teure Städte

So viele Quadratmeter Wohnfläche konnten Immobilienkäufer im Jahr 2022 für 388.000 Euro in den günstigsten und teuersten deutschen Städten im Durchschnitt erwerben



im Schnitt immerhin 192 Quadratmeter, in Leipzig bekommt man rechnerisch 128 Quadratmeter.

Auch im Umland der Metropolen sowie in ländlichen Regionen sind Immobilien erwartungsgemäß meist relativ erschwinglich. Im Umland von München sind die Quadratmeterpreise für Wohnimmobilien 18 Prozent niedriger als in der bayerischen Landeshauptstadt, im Berliner Umland sind es 29 Prozent und rund um Hamburg sogar knapp 40 Prozent. Richtig preiswert wird es im günstigsten westdeutschen Landkreis: In Kronach kann man für 388.000 Euro im Schnitt eine Wohnimmobilie mit

320 Quadratmetern erwerben. Im günstigsten ostdeutschen Landkreis, dem Kyffhäuserkreis, sind damit theoretisch sogar 451 Quadratmeter realisierbar. Auch in den ostdeutschen Landkreisen Sonneberg, Nordhausen und Mansfeld-Südharz sind für diese Kaufsumme Immobilien mit rund 400 Quadratmetern drin.

Gutachten

Johannes Ewald, Vanessa Hünemeyer, Hanno Kempermann, Fabian Meeßen, Pekka Sagner, Benita Zink: Wohnen in Deutschland 2023

iwkoeln.de/wohnen_in_deutschland

Kommentar. Der deutsche Wohnungsmarkt steht seit vergangenem Jahr unter enormem Druck. Es braucht dringend neuen Wohnraum, doch rasant gestiegene Bau- und Finanzierungskosten machen das Bauen so teuer wie nie. Die Politik setzt mit immer strengeren Standards und gestrichenen Bauförderungen die falschen Signale, sagt IW-Immobilienökonom **Pekka Sagner**.



Foto: IW Medien

„Es braucht eine antizyklische Wohnungsbaupolitik“

Die Zinswende für Baufinanzierungen im Jahr 2022 hatten Experten erwartet, die Dynamik hat die Marktteilnehmer jedoch überrascht. Zu Beginn des Jahres 2022 gingen die im Zuge des IW-ZIA-Immobilienstimmungsindex befragten Immobilienunternehmer davon aus, dass der Zins innerhalb von zwölf Monaten von 1 Prozent auf 1,5 Prozent steigen würde. Doch das Plus fiel deutlich höher aus. Der Zins liegt aktuell bei rund 4 Prozent für eine zehnjährige Zinsbindung.

Dieser Zinsschock wurde im Wesentlichen durch den Krieg in der Ukraine verursacht, welcher hohe Inflationsraten aufgrund kurzfristig massiv gestiegener Energie- und Rohstoffkosten mit sich brachte. Die Europäische Zentralbank reagierte und erhöhte die Leitzinsen deutlich.

Das Grundproblem für den Bausektor löst das aber nicht: Wichtige Materialien wie Stahl oder Bitumenstoffe haben sich massiv verteuert; auch Dämmstoffe und Flachglas für den Fensterbau, die für

die ambitionierten Gebäudesanierungsziele eine wichtige Rolle spielen, sind nun deutlich teurer.

Zins- und Baupreisschock versetzten private und institutionelle Investoren am Immobilienmarkt in Schockstarre. Das Transaktionsvolumen ist seit der zweiten Jahreshälfte 2022 massiv eingebrochen, die ausgegebenen Immobiliendarlehen an private Haushalte haben sich halbiert. Für viele private Haushalte ist die Finanzierung einer Immobilie unter den aktuellen Bedingungen nicht zu stemmen, für Investoren lohnen sich Bauprojekte lediglich noch in Verbindung mit extrem hohen Mieten. Entsprechend geht es bei der Bautätigkeit und der Eigentumsbildung aktuell nur schleppend voran.

Dabei sind die Bedarfe hoch. In den 2010er Jahren wurden in Deutschland regelmäßig weniger Wohnungen gebaut als nötig. Deshalb besteht enormer Nachholbedarf. Hinzu kommt, dass 2022 mit per saldo 1,45 Millionen Menschen das

Jahr mit der höchsten Zuwanderung nach Deutschland seit dem Zweiten Weltkrieg war.

Die Regierung hat sich mittlerweile vom ohnehin wenig realistischen Neubauziel von jährlich 400.000 Wohnungen verabschiedet, doch auch 300.000 Einheiten sind wohl kaum zu schaffen: Im vergangenen Jahrzehnt ist diese Zielmarke bei wesentlich besseren Marktkonditionen nur einmal erreicht worden. Die Politik tritt der neuen Marktrealität bisher aber allenfalls prozyklisch entgegen. So werden Neubaustandards verschärft, Sanierungsgebote ausgesprochen und Bauförderungen gestrichen. Doch in der aktuellen Marktphase braucht es eine antizyklische Wohnungsbau- und Wohneigentumsförderung. So könnte der Staat mit günstigen Nachrangdarlehen die Zinslast der Haushalte reduzieren. Eine weitere Option wäre, die Grunderwerbsteuer zu verringern. Das würde den Eigenkapitalbedarf senken und Geld für eventuell fällige Sanierungen frei machen.

BIP hui, Beschäftigung pfui

Bremen. Am 14. Mai wählen gut 463.000 Menschen in Bremen eine neue Bürgerschaft. Wirtschaftlich sieht es im kleinsten Bundesland auf den ersten Blick momentan gut aus. Doch der Strukturwandel ist längst nicht abgeschlossen.

Aus der vergangenen Bürger-schaftswahl im Jahr 2019 ging die CDU mit 26,7 Prozent erstmals seit der Gründung des Bundeslands 1947 als stärkste Kraft in Bremen hervor.

Einen Platz in der Regierung erhielt die CDU trotzdem nicht. Seit vier Jahren regiert eine Koalition aus SPD, Grünen und Linken unter Andreas Bovenschulte (SPD) Deutschlands kleinstes Bundesland.

Ökonomisch steht Bremen nach einem minimalen wirtschaftlichen Rückgang in der Coronapandemie wieder gut da (Grafik):

Bremens Bruttoinlandsprodukt (BIP) je Einwohner lag Mitte 2022 fast 25 Prozent über dem bundesweiten Durchschnitt.

Dennoch hat das Land mit Problemen zu kämpfen, wie ein Blick auf die Arbeitslosigkeit zeigt:

Mit 10,2 Prozent hatte Bremen im Jahr 2022 die mit Abstand höchste Arbeitslosenquote aller Bundesländer.

Bei der Armutsgefährdungsquote – dem Anteil der Menschen, die weniger als 60 Prozent des mittleren Einkommens zur Verfügung haben – sieht es nicht besser aus: Mit knapp 28 Prozent der Bevölkerung lag der Anteil der armutsgefährdeten Menschen 2022 in Bremen höher als in jedem anderen Bundesland.

Das liegt vor allem am unbewältigten Strukturwandel. Einst von der Großindustrie geprägt, hat Bremen mittlerweile die meisten Arbeitsplätze in Werften und Stahlbetrieben verloren.

Dem möchte die CDU unter Spitzenkandidat Frank Imhoff mit dem Ausbau von Gewerbeflächen entgegenwirken. Im Wahlkampf wirbt er damit, Start-ups stärker unterstützen zu wollen und Arbeitslose schneller an den Arbeitsmarkt zurückzuholen.

Außerdem möchte die Bremer CDU „Klimaschutzpartei“ sein. Sie plant, die Zahl der Windkraftanlagen entlang der Bundesautobahn 27 zu erhöhen und den Ausbau von Fotovoltaikanlagen zu beschleunigen.

Auch die SPD setzt im Wahlkampf auf das Thema Klima. Unter dem amtierenden Bürgermeister Andreas Bovenschulte will sie in klimaneutralen Stahl investieren und Bremen

zum Vorreiter bei der Wasserstoff-wirtschaft machen. 500 Millionen Euro sollen in die bremischen Häfen fließen, um die Wettbewerbsfähigkeit der Hansestadt zu sichern.

Neben den Sozial- und den Christdemokraten stehen 14 weitere Parteien zur Wahl – darunter die Linke, die 2019 in Bremen zum ersten Mal in ein westdeutsches Landesparlament einzog, sowie die rechts-populistische Partei Bürger in Wut.

Eine Partei fehlt allerdings auf den Stimmzetteln: die AfD. Wegen Streitigkeiten im Landesverband reichte die Partei zwei unterschiedliche Kandidatenlisten ein – und wurde dafür vom Wahlbereichsausschuss ausgeschlossen.

Bremen in Zahlen

	Bremen	Deutschland
WAHL 2023		
Bruttoinlandsprodukt je Einwohner 2022 in Euro	56.901	45.993
Bruttoinlandsprodukt – reale Veränderung 2022 gegenüber 2010 in Prozent	13,7	17,2
Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten – Veränderung 2022 gegenüber 2010 in Prozent (Juni)	19,5	23,3
Arbeitslosenquote 2022 in Prozent	10,2	5,3
Glasfaserversorgung der privaten Haushalte 2022 mit mindestens 1.000 Megabit pro Sekunde in Prozent	9,8	18,2

Quellen: atene KOM, Bundesagentur für Arbeit, Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder © 2023 IW Medien / iwd

Deutsche Unternehmen stark belastet

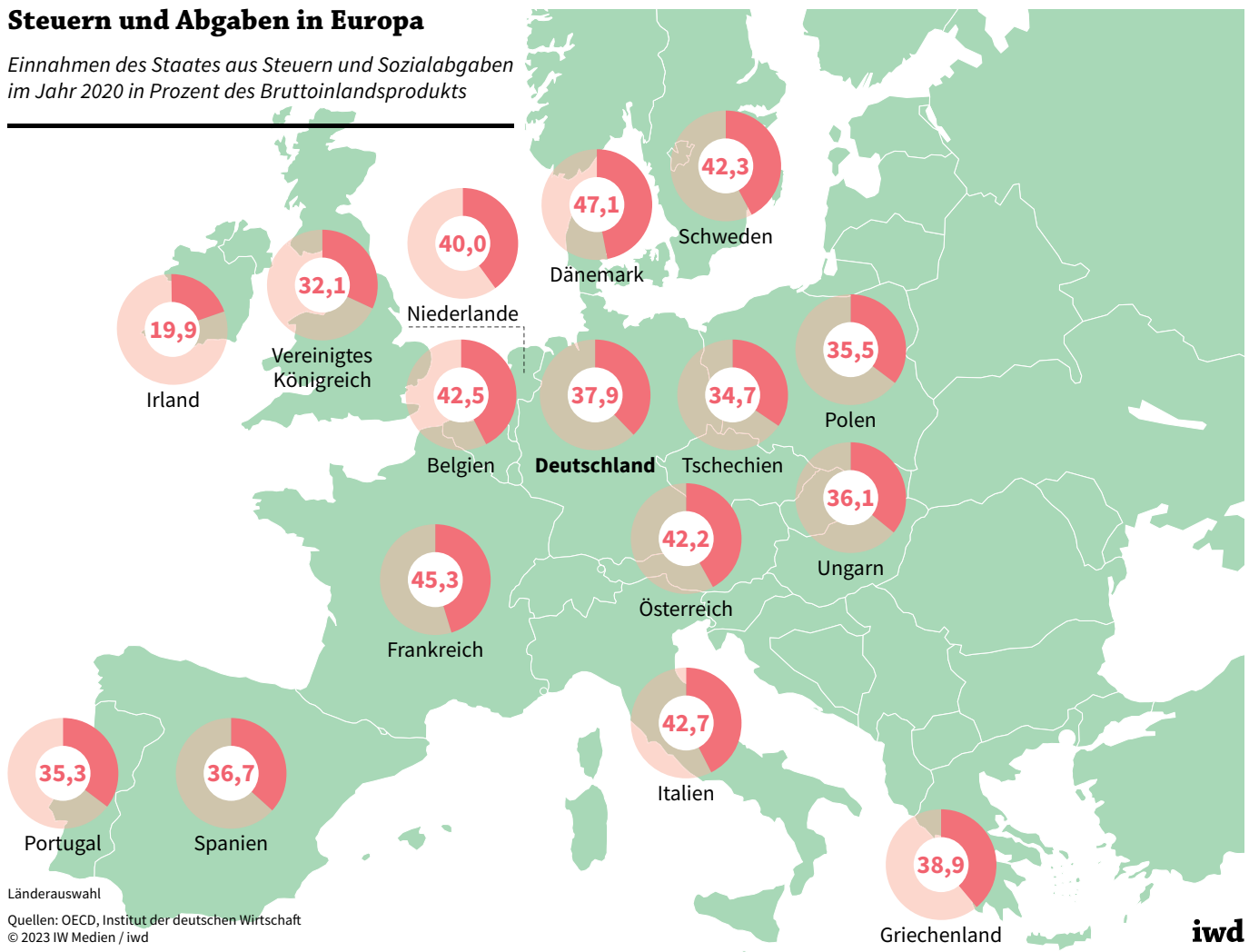
Steuern in Europa. Steuern und Abgaben sind für Unternehmen ein wichtiger Kostenfaktor und beeinflussen damit auch ihre internationale Wettbewerbsfähigkeit. In Deutschland beliefen sich die Steuern und Sozialabgaben, die Firmen und private Haushalte abführen mussten, zuletzt auf fast 38 Prozent des Bruttoinlandsprodukts. Das reichte für einen Mittelfeldplatz im europäischen Vergleich, den OECD-Schnitt von knapp 34 Prozent übertraf die Bundesrepublik jedoch deutlich. Um die steuerliche Belastung von Unternehmen zu erfassen, muss man zunächst die Einkommensteuer in den Blick nehmen – schließlich sind viele Mittelständler in Deutschland einkommensteuerpflichtige Personengesellschaften und Einzelunternehmer. Mit 47,5 Prozent

– inklusive Solidaritätszuschlag – war der Spitzensatz der Einkommensteuer hierzulande im Jahr 2021 höher als in Italien, Spanien und Großbritannien und lag um 5 Prozentpunkte über dem Schnitt aller Industrieländer. Zudem wurden bereits Einkommen ab knapp 63.000 Euro pro Jahr mit einem Grenzsteuersatz von 44,3 Prozent belegt.

Unternehmen in der Rechtsform einer Kapitalgesellschaft – zum Beispiel einer Aktiengesellschaft – mussten in Deutschland im vergangenen Jahr laut Steuertarif im Schnitt fast 30 Prozent ihres Gewinns in Form von Körperschaft- und Gewerbesteuer abführen. In fast allen anderen europäischen Ländern war die steuerliche Belastung niedriger.

Steuern und Abgaben in Europa

Einnahmen des Staates aus Steuern und Sozialabgaben im Jahr 2020 in Prozent des Bruttoinlandsprodukts



Während andere Länder außerdem ihre Unternehmen seit 2008 durch Steuerreformen entlastet haben, baten die Kommunen die Firmen in Deutschland im Schnitt noch stärker zur Kasse, indem sie bei der Gewerbesteuer an der Hebesatzschraube drehten.

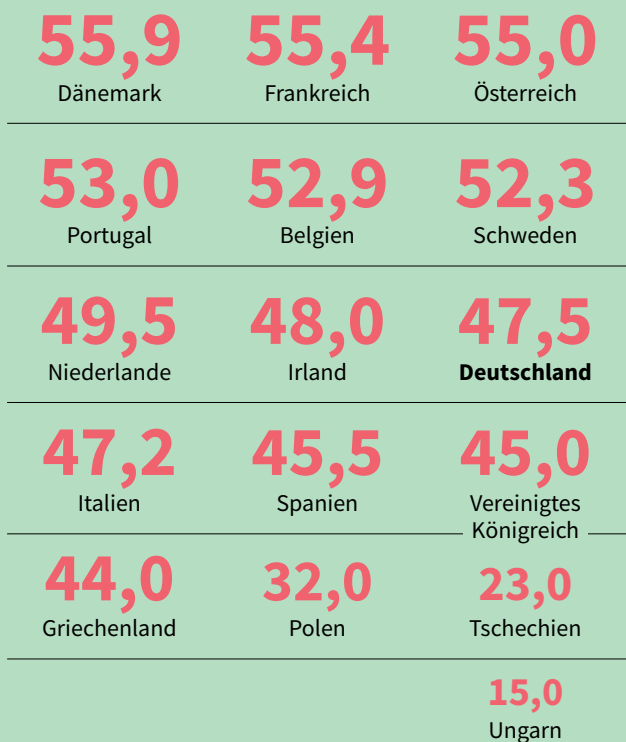
Allerdings ist die Höhe der Gewerbesteuer und damit auch die gesamte Steuerlast für Kapitalgesellschaften hierzulande je nach Stadt oder Landkreis unterschiedlich. In den Ruhrgebietsstädten Oberhausen und Mülheim müssen Unternehmen den im internationalen Vergleich höchsten Steuersatz von mehr als 36 Prozent schultern. Leverkusen und das benachbarte Monheim am Rhein beanspruchen dagegen moderate 24,6 Prozent der Firmengewinne – der tarifliche Steuersatz liegt damit auf einem ähnlichen Niveau wie in Belgien und Spanien.

Gutachten

Tobias Hentze, Björn Kauder: Unternehmensbesteuerung im internationalen Vergleich – Eine Zusammenstellung im Auftrag der Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft iwkoeln.de/unternehmensbesteuerung

Einkommensteuer in Europa

Spitzensteuersätze für das Jahr 2021 in Prozent



Länderauswahl
Spitzensteuersatz: in Deutschland einschließlich Solidaritätszuschlag
Quellen: OECD, Institut der deutschen Wirtschaft
© 2023 IW Medien / iwd

**Unternehmensteuersätze:
In Deutschland fast am höchsten**

So viel Prozent ihres Gewinns mussten Kapitalgesellschaften im Jahr 2022 im Schnitt an Steuern abführen

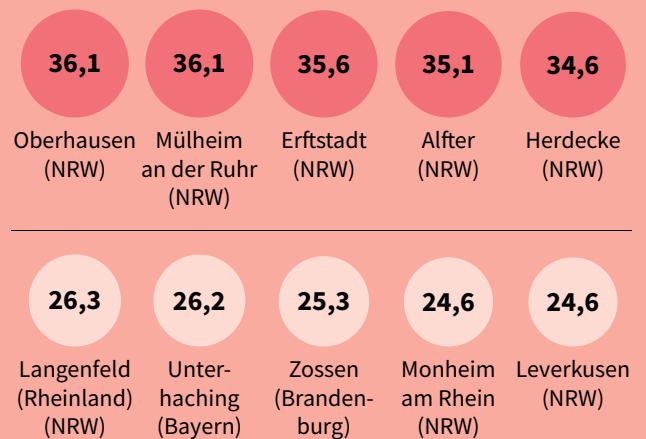
☐ Veränderung gegenüber 2008 in Prozentpunkten

Portugal	31,5	5,0
Deutschland	29,8	0,4
Italien	27,8	-3,6
Frankreich	25,8	-8,6
Niederlande	25,8	0,3
Österreich	25,0	0,0
Belgien	25,0	-9,0
Spanien	25,0	-5,0
Dänemark	22,0	-3,0
Griechenland	22,0	-3,0
Schweden	20,6	-7,4
Tschechien	19,0	-2,0
Polen	19,0	0,0
Vereinigtes Königreich	19,0	-9,0
Irland	12,5	0,0
Ungarn	9,0	-11,0

Länderauswahl
Steuersätze: inklusive lokaler Zuschläge, z. B. durch die Gewerbesteuer
Quellen: OECD, Institut der deutschen Wirtschaft
© 2023 IW Medien / iwd

**Kommunen:
Starkes Steuergfälle für Unternehmen**

Kommunen in Deutschland mit den höchsten beziehungsweise niedrigsten Steuersätzen für Kapitalgesellschaften im Jahr 2022 in Prozent



Kommunen: mit mehr als 20.000 Einwohnern
Steuersätze: Körperschaftsteuer, Gewerbesteuer und Solidaritätszuschlag
Quellen: DIHK, OECD, Institut der deutschen Wirtschaft
© 2023 IW Medien / iwd

Die Mundwinkel zeigen wieder nach oben

IW-Konjunkturumfrage. Die Stimmung in der deutschen Wirtschaft hat sich gegenüber dem Spätherbst 2022 verbessert, wie die aktuelle IW-Konjunkturumfrage zeigt. Dies gilt vor allem für den Dienstleistungssektor, während die Unternehmen im Baugewerbe weiterhin sorgenvoll nach vorn blicken. Insgesamt geben die positiveren Umfrageergebnisse noch keine Anhaltspunkte für einen bevorstehenden Aufschwung.

Im Winter blieb die Energieversorgung in Deutschland stabil, die Preise für Energie haben sich von den Allzeithochs ein gutes Stück entfernt. Und auch die internationalen Lieferketten funktionieren wieder besser. Das alles führt dazu, dass die Unternehmen in Deutschland mit mehr Optimismus auf das Jahr 2023 blicken als im Herbst (Grafik):

Der Saldo der positiven und negativen Produktionssaussichten der deutschen Betriebe für 2023 liegt derzeit bei annähernd plus 10 Prozentpunkten.

Bei der vergangenen IW-Befragung im Herbst 2022 betrug der

Saldo von Optimisten und Pessimisten noch minus 14 Prozentpunkte.

Auch die wirtschaftlichen Kennzahlen bewegen sich in die richtige Richtung. Nach einer Rezession im vierten Quartal 2022 (minus 0,5 Prozent) stagnierte das Bruttoinlandsprodukt laut Statistischem Bundesamt in den ersten drei Monaten des laufenden Jahres.

Maßgeblich für diese Entwicklung ist die gestiegene Industrieproduktion. Hervor sticht dabei die Automobilindustrie. Nach Einbrüchen durch die Coronapandemie und den Beginn des Ukraine-Kriegs erreicht sie nun wieder das Produktionsniveau

des vierten Quartals 2019. Auch in der energieintensiven Chemieindustrie zeigt die Kurve moderat nach oben, wenngleich die Produktionslücke zum Jahr 2021 noch groß ist.

Diese positiven Eindrücke spiegeln sich auch in den Erwartungen der Industrie wider (Grafik Seite 9):

39 Prozent der vom IW befragten Industrieunternehmen rechnen für 2023 mit steigenden Investitionen im Vergleich zum Vorjahr; nur 26 Prozent gehen von einem Rückgang aus.

Auch mit Blick auf die Beschäftigung und die Produktion ist die Industrie zuversichtlich. Die positi-

IW-Konjunkturumfrage: Mehr Zuversicht für das Jahr 2023

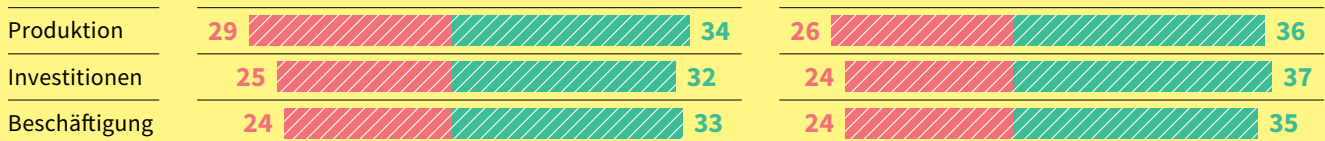
So viel Prozent der Unternehmen in Deutschland ...



■ Schlechter
■ Besser

... bewerten die Lage bei diesen Indikatoren im Frühjahr 2023 gegenüber dem Frühjahr 2022 wie folgt

... erwarten für das Gesamtjahr 2023 gegenüber 2022 diese Entwicklung



Rest zu 100; gleichbleibend
Befragung von 2.327 Unternehmen im März und April 2023

Quelle: Institut der deutschen Wirtschaft
© 2023 IW Medien / iwd

ven Aussichten für 2023 übersteigen die negativen um 5 beziehungsweise 6 Prozentpunkte.

Noch besser ist die Stimmung in der Dienstleistungsbranche. Seit dem vergangenen Herbst hat sich der Saldo der Produktionserwartungen von minus 3 auf nunmehr plus 22 Prozentpunkte gedreht. Vor allem in der Informations- und Kommunikationswirtschaft sowie im Bereich Transport und Logistik ist der Aufwärtstrend zu erkennen. Dagegen macht die Inflation vor allem dem Handel weiterhin zu schaffen, sodass die Unternehmen hier unterm Strich für 2023 sogar negative Geschäftserwartungen haben.

Die besten Ergebnisse der gesamten Umfrage liefert der Dienstleistungssektor in puncto Beschäftigung:

Nur 18 Prozent der befragten Dienstleistungsfirmen wollen 2023 Stellen abbauen – 44 Prozent erwarten dagegen, dass ihre Belegschaft im Laufe des Jahres wachsen wird.

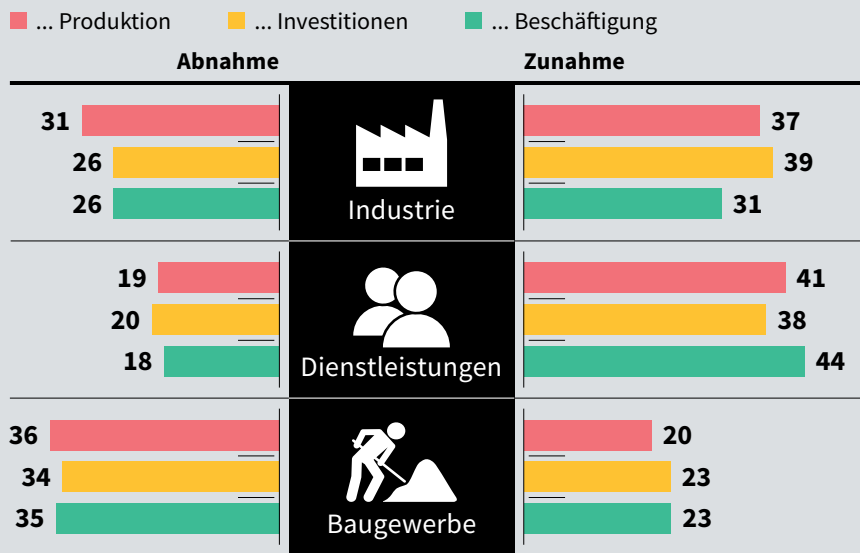
Die Unternehmen der Informations- und Kommunikationstechnologie haben den größten Bedarf: Drei von fünf wollen Personal aufbauen.

Ganz anders ist die Situation in der Bauindustrie. Sie hat mit zahlreichen Problemen zu kämpfen, unter anderem den im vergangenen Jahr stark gestiegenen Material- und Energiekosten. Außerdem haben sich die deutlich erhöhten Bauzinsen negativ auf die Baunachfrage ausgewirkt. Hinzu kommt der anhaltende Fachkräftemangel. Diese Gemengelage führt dazu, dass der Anteil der Baufirmen, die pessimistisch auf das Jahr 2023 schauen, den Anteil der Optimisten um mehr als 10 Prozentpunkte übersteigt – und zwar in allen Teilbereichen der Konjunkturumfrage.

Nicht nur zwischen den einzelnen Branchen, auch im regionalen

IW-Konjunkturumfrage: Baugewerbe pessimistisch

So viel Prozent der Unternehmen in Deutschland erwarten für das Gesamtjahr 2023 gegenüber 2022 diese Entwicklung der ...



Rest zu 100: gleichbleibend
 Befragung von 2.327 Unternehmen im März und April 2023
 Quelle: Institut der deutschen Wirtschaft
 © 2023 IW Medien / iwd

iwd

Vergleich gibt es in der IW-Frühjahrsumfrage deutliche Unterschiede. Seit 2021 werden die 16 Bundesländer vom IW in sieben Analyseregionen unterteilt.

Am zuversichtlichsten sind der aktuellen IW-Umfrage zufolge die Unternehmen in der Region Süd-West – also in Hessen, Rheinland-Pfalz und dem Saarland.

Hier gehen 39 Prozent der Firmen für 2023 von einer höheren Produktion als 2022 aus, nur 18 Prozent rechnen mit einem Rückgang. Ähnlich positiv ist das Stimmungsbild in der Region Nord-Ost (Mecklenburg-Vorpommern, Brandenburg, Sachsen-Anhalt und Berlin).

Einen knapp negativen Saldo weist die Region Süd-Ost (Sachsen und Thüringen) auf. Möglicherweise lassen sich die schlechteren Aussichten aus der stärkeren Einbindung dieser Region in den Handel mit mittel- und osteuropäischen Volkswirtschaften ableiten. Ähnlich

zurückhaltend äußern sich die Unternehmen in Nordrhein-Westfalen. Das könnte am relativ hohen Anteil der energieintensiven Wirtschaftszweige liegen, die trotz der mittlerweile entspannteren Lage am Energiemarkt verhältnismäßig skeptisch sind.

Unterm Strich blicken die Unternehmen in Deutschland derzeit wieder etwas optimistischer nach vorn. Gleichwohl reichen die positiven Salden der aktuellen Konjunkturumfrage bei Weitem nicht an die Werte aus wirtschaftlichen Aufschwungzeiten heran. Eine weitere Erholung der deutschen Wirtschaft ist zwar zu erwarten, die Hoffnung auf einen starken Aufwärtstrend ist derzeit allerdings schwach.

IW-Report 27/2023
 Michael Grömling: Verbesserungen ohne Aufschwungsqualität
iwkoeln.de/konjunkturumfrage-f2023

Langsam nährt sich die Digitalisierung

Digitale Dekade. Die EU-Kommission hat das aktuelle Jahrzehnt zur digitalen Dekade erklärt und will „Nachhaltigkeit und Wohlstand in einer menschengerechten digitalen Zukunft sichern“. Doch es ist noch viel zu tun, bis die Mitgliedsstaaten die von der Kommission gesteckten Digitalisierungsziele erreichen. Deutschland steht dabei keineswegs besser da als seine EU-Nachbarn.

Erst Coronapandemie, dann Ukraine-Krieg: Die Europäische Union hatte in den vergangenen Jahren große Herausforderungen zu bewältigen. Da blieben andere Themen zumindest in der medialen Aufmerksamkeit auf der Strecke. So auch die digitale Dekade: Bis 2030 will die EU-Kommission die Staatengemeinschaft digital fit machen. Dafür hat sie in vier Bereichen konkrete Ziele für die Mitgliedsstaaten vorgegeben, auf die sich auch EU-Parlament und Ministerrat verpflichtet haben (Grafik).

Doch kommen die Staaten bei der Digitalisierung voran? Der Index für digitale Wirtschaft und Gesellschaft (DESI) der EU-Kommission fasst Indikatoren für die digitale Leistungsfähigkeit der Mitgliedsstaaten zusammen und dokumentiert die Fortschritte bereits seit 2014. Der Index belegt, dass es nahezu flächendeckend viel Luft nach oben gibt:

Im Jahr 2021 verfügten 49 Prozent der Bevölkerung in Deutschland über digitale Grundkompetenzen, im Durchschnitt aller EU-Staaten betrug der Anteil immerhin 54 Prozent. Das Ziel für 2030 lautet allerdings 80 Prozent.

Um diesem Ziel näher zu kommen, müssen die Bildungssysteme

passende Qualifizierungsmaßnahmen – gerade für ältere oder bildungsferne Menschen – anbieten.

Hinsichtlich der Fachkräfte für Informations- und Kommunikationstechnik (IKT) ist der Befund ähnlich – sowohl bei der Gesamtzahl als auch bei der angepeilten Geschlechterparität. Für das Jahr 2030 hat sich die EU 20 Millionen entsprechend qualifizierte Personen zum Ziel gesetzt, doch es gibt bislang nur knapp 9 Millionen in der Union – und der Frauenanteil liegt bei gerade einmal 19 Prozent. Es ist deshalb unerlässlich, das Potenzial der Frauen für den IKT-Bereich stärker zu nutzen – auch angesichts des schon heute erdrückenden IT-Fachkräftemangels.

Ebenso essenziell ist eine exzellente digitale Infrastruktur – gerade im globalen Wettbewerb um den attraktivsten Standort. Doch vom „Gigabit für alle“ profitierten 2021 lediglich 75 Prozent der Haushalte Deutschlands, EU-weit sogar nur 70 Prozent. Bei der 5G-Netzabdeckung kam Deutschland auf 87 Prozent, der EU-Wert lag bei 66 Prozent.

Die gefühlte Netzabdeckung liegt – zumindest in Deutschland – allerdings noch einmal deutlich darunter. Das belegt eine repräsentative

YouGov-Befragung im Auftrag des Vergleichsportals Check24.

Demnach erlebten – Stand März 2023 – in den vergangenen zwölf Monaten 41 Prozent der Deutschen Netzausfälle oder -abbrüche; fast zwei Drittel von ihnen zu Hause oder bei Freunden, über 30 Prozent im Auto, ein Viertel in der Bahn und ebenfalls ein Viertel, wenn sie zu Fuß auf dem Land unterwegs waren.

Der digitale Wandel in Unternehmen kommt zwar voran, doch nur 55 Prozent der kleinen und mittelgroßen Firmen erreichten 2021 zumindest das Basisniveau der von der EU definierten digitalen Intensität, nutzten also in grundlegendem Maße digitale Technologien und Anwendungen. In Deutschland waren es 59 Prozent, angestrebt sind allerdings 90 Prozent.

Bei künstlicher Intelligenz, Cloud-Lösungen und Big Data will die Kommission, dass je 75 Prozent der Firmen die entsprechenden technischen Möglichkeiten nutzen. Bislang liegt die Quote sowohl in Deutschland als auch in der EU insgesamt bei jedem der Indikatoren bei weniger als der Hälfte.

Es ist deshalb von entscheidender Bedeutung, dass die Mitgliedsstaaten und die EU alles unternehmen,

um Firmen den Nutzen der Digitalisierung zu verdeutlichen. Vor allem die Eigentümer und Verantwortlichen in kleineren Firmen sehen bislang häufig keinen Mehrwert in digitalen Anwendungen – obwohl diese, richtig genutzt, massiv Zeit sparen und Kosten senken.

Und auch im vierten Zielbereich der digitalen Dekade der Europäischen Union – der Digitalisierung der öffentlichen Dienste – bestätigen die DESI-Daten, was Bürger und Unternehmer tagtäglich erleben:

Noch immer sind wesentliche öffentliche Dienste – anders als von

der EU-Kommission gefordert – nicht online verfügbar.

Stand 2021 war etwa ein Viertel der Services für Bürger in der EU nicht digital, bei den Angeboten der öffentlichen Hand für Firmen waren es noch etwa 20 Prozent.

Die nur schleppende Digitalisierung der Behörden fällt Deutschland auch als Einwanderungsland auf die Füße, weil die undurchsichtige Bürokratie und eine analoge Papierflut potenzielle Fachkräfte abschrecken (siehe iwd 9/2023).

Hinzu kommt, dass bestimmte Digitalisierungspläne – beispielswei-

se im Gesundheitsbereich – in Deutschland noch gar nicht umgesetzt sind. So soll bis 2030 die Online-Patientenakte für alle eingeführt werden und mindestens 80 Prozent der Bürger sollen dann über eine digitale ID verfügen. Außerdem stellt die Digitalisierung der Behörden neue Anforderungen an die Zusammenarbeit verschiedener Ämter und Verwaltungsebenen.

In einem föderalen System werden sich gewisse Probleme also nur mit sehr langem Atem überwinden lassen, eine Dekade dürfte dafür kaum genügen.

Das will die Europäische Union bis 2030 im Rahmen der digitalen Dekade erreichen:

Kompetenzen.

2030 soll es 20 Millionen IKT-Expertinnen und -Experten in der EU geben, tendenziell gleich viele Frauen und Männer. Mindestens 80 Prozent der Europäer sollen bis dahin über digitale Grundkompetenzen verfügen.

Unternehmen.

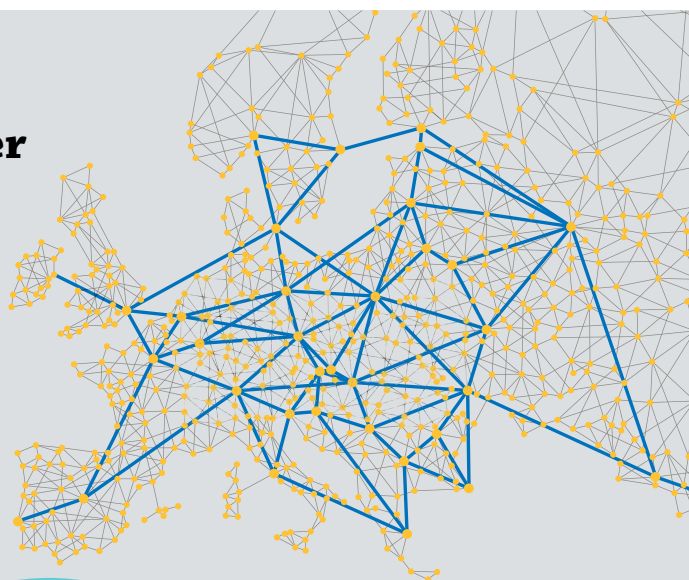
Mindestens 75 Prozent der in der EU ansässigen Firmen sollen Cloud-Lösungen, künstliche Intelligenz (KI) und/oder Big Data nutzen. Außerdem soll sich die Zahl der sogenannten Einhörner – Start-ups mit einem Marktwert über 1 Milliarde Euro – verdoppeln. Und kleine sowie mittlere Unternehmen sollen zumindest basisdigitalisiert sein.

Infrastruktur.

Überall in Europa soll Gigabit-Internet – mit Downloadgeschwindigkeiten von 1.000 Megabit/Sekunde – verfügbar sein. Außerdem soll sich der Anteil an der weltweiten Halbleiterproduktion verdoppeln, es soll 10.000 hochsichere und klimaneutrale Rechenzentren geben und der erste Computer mit Quantenbeschleunigung soll in Betrieb genommen werden.

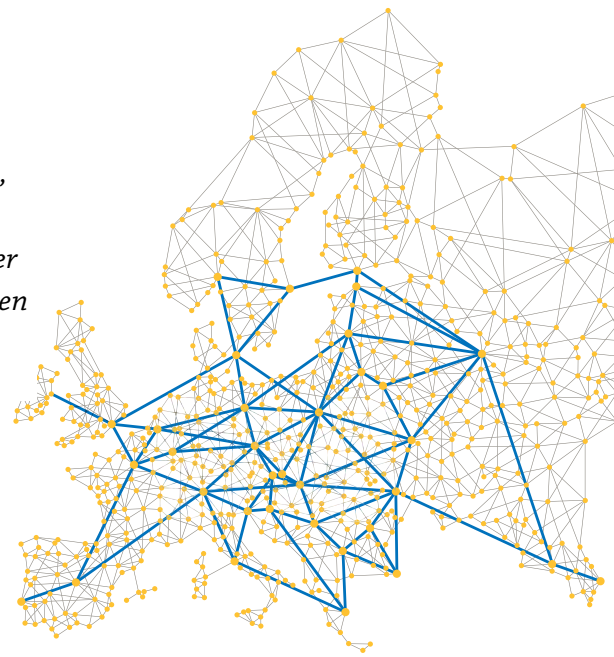
Digitaler Staat.

Wesentliche öffentliche Dienste sollen zu 100 Prozent online sein, ebenso sollen alle EU-Bürger ihre Patientenakte online einsehen können. Und zumindest 80 Prozent der Einwohner sollen sich mit einer digitalen ID ausweisen können.



Interview. Seit Dezember 2022 ist **Renate Nikolay** stellvertretende Generaldirektorin der Generaldirektion für Kommunikationsnetze, Inhalte und Technologien der Europäischen Kommission. Sie soll die digitale Dekade der EU zum Erfolg führen. Der iwd sprach mit ihr über die nächsten Schritte hin zum digitalen Europa und darüber, was in den Mitgliedsstaaten bereits gut läuft – und was nicht.

„Wir müssen bei der Digitalisierung alle einen Gang hochschalten“



Die Ziele der digitalen Dekade hat die EU-Kommission in vier Kategorien definiert. Wie läuft es bislang?

Erst 2022 haben sich Rat, Parlament und Kommission auf diese Ziele gemeinsam verpflichtet. Das war ein Quantensprung. Im Juni 2023 wird der erste Fortschrittsbericht bei einer Konferenz in Stockholm präsentiert.

Die Details werden momentan noch zusammengetragen, aber was ich heute schon sagen kann: Wir stehen in allen Bereichen nicht grandios da – der Fortschrittsbericht wird ein Weckruf sein. Wenn wir die Ziele bis 2030 wirklich erreichen wollen, müssen alle einen Gang hochschalten.

Nachdem wir den Bericht veröffentlicht haben, sollen die Mitgliedsstaaten bis Oktober erarbeiten, wie sie die Ziele erreichen wollen – dabei werden wir sie unterstützen.

Kommt Europa denn in einem Bereich besonders gut voran?

Ich will nicht einen Bereich herausheben. Aber das Konjunkturprogramm „Next Generation EU“, das die Pandemiefolgen abschwächen soll, sieht 20 Prozent der Gelder für digitale Projekte vor. Das hat der Digitalisierung Auftrieb gegeben, gerade bei der Highspeed-Internetversorgung für den ländlichen Raum.

Was zeichnet die Digitalisierungs-Musterschüler in der EU aus?

Das Ganze ist kein Beauty Contest. Aber Estland ist bekanntlich ein Staat, der bereits vor einer Dekade massiv öffentliche Dienste digitalisiert hat. Das wirkt bis heute nach.

Aber auch Spanien kann ich nennen, denn es nutzt das jüngste Konjunkturprogramm ganz gezielt für den Glasfaserausbau und macht hier beachtliche Fortschritte.

Haben die digital schwächeren Staaten allesamt ähnliche Probleme oder sind die Schwierigkeiten individuell?

Definitiv individuell. Das hat auch mit der Topologie eines Landes zu

tun: In einem großen Flächenstaat ist der Glasfaserausbau eine ganz andere Herausforderung als in einem Mikrostaat wie Malta.

Die Wirtschaftskraft spielt ebenfalls eine Rolle, denn ein hohes Bruttoinlandsprodukt macht es leichter, die Digitalisierung voranzutreiben.

Was tut die Kommission denn konkret, um die Mitgliedsstaaten bei der Digitalisierung zu unterstützen?

Zum einen gibt sie den Staaten Geld, „Next Generation EU“ habe ich erwähnt. Außerdem erleichtern wir es Staaten, gewisse Beihilfen an Firmen zu zahlen – beispielsweise für grüne Projekte, die ja oft unmittelbar mit der Digitalisierung zusammenhängen.

Außerdem versuchen wir, Mehr-Staaten-Projekte anzukurbeln: Beim Thema Blockchain, aber auch bei künstlicher Intelligenz ermutigen wir Staaten, sich zusammenzutun. Wir koordinieren und unterstützen



Foto: EU/Claudio Centonze

das dann – für echte Business Cases, beispielsweise beim Thema Smart Cities.

Ist Europa mit der digitalen Dekade nicht spät dran?

Ich würde das so nicht sagen. Wenn wir die ehrgeizigen Ziele umsetzen, dann haben wir nichts verschlafen.

Und eines möchte ich betonen: Wir gestalten die digitale Transformation nachhaltig, zum Beispiel beim Datenschutz, zum Beispiel bei der Cyber-Sicherheit. Damit meine ich: Wir bauen die Digitalisierung Europas auf unseren Werten auf. Zudem denken wir die Green Transition und die Digital Transition zusammen.

Apropos Datenschutz: Sie selbst waren maßgeblich an der Datenschutzgrundverordnung beteiligt. Steht der Datenschutz der Digitalisierung nicht oft im Weg?

Nein, im Gegenteil. Wir reden mittlerweile vom Brüssel-Effekt: Die Datenschutzgrundverordnung ist

zum weltweiten Exportschlager geworden. Denn ein adäquater Datenschutz sorgt dafür, dass Bürger in die Digitalisierung vertrauen. Selbst in den USA haben Einzelstaaten wie Kalifornien entsprechende Regelungen auf den Weg gebracht, die von unseren Regeln inspiriert waren.

Auch bei digitalen Plattformen werden unsere Datenschutzvorgaben mittlerweile international als Referenzpunkt gesehen. Gerade weil wir viel Erfahrung mit Regulierung haben – und dafür auch gern kritisiert werden –, sind wir sehr gut aufgestellt, um im Wilden Westen der digitalen Ökonomie mit einem Ordnungsrahmen zu helfen.

Für mich ist jedenfalls klar: Die Plattformökonomie kann nicht über dem Recht stehen.

Gigabit für alle: Zumindest in Deutschland ist das nach wie vor mehr Wunsch als Wirklichkeit.

Ja, das stimmt – vor allem, wenn wir im ländlichen Raum unterwegs

sind. Aber auch, wenn es über Ländergrenzen hinweg geht, wir also von einem Mitgliedsstaat in einen anderen reisen. Wir brauchen Breitband und 5G-Netzabdeckung flächendeckend für die Zukunft – ob nun für die digitale Medizin oder fürs autonome Fahren. In der Digitalstrategie der Bundesregierung ist das bereits angekommen.

Beispiel Steuererklärung in Deutschland: Hier ist einiges mittlerweile digital möglich, doch vernetzt sind die Behörden nicht und beim Steuerzahler bleibt am Ende noch immer sehr viel Arbeit hängen. Haben Sie Hoffnung auf Besserung?

Deutschlands oft schlechte Platzierungen beim Index für digitale Wirtschaft und Gesellschaft – das ist der Wirtschaftskraft unseres Landes nicht angemessen.

Ein Grund für das schlechte Abschneiden ist sicherlich die föderale Struktur. Es kann nur besser werden, wenn Daten fließen. Und das sage ich, obwohl ich den Datenschutz ernst nehme. Wenn der Wille da ist, verhindert der Datenschutz Digitalisierung nicht, man muss ihn nur mitdenken. Wenn wir doch alle problemlos Online-Banking machen können, warum nicht auch Online-Verwaltung?

Was passiert, wenn die Staaten im Oktober keine überzeugenden Konzepte liefern, wie sie die Digitalziele bis 2030 erreichen wollen?

Wie gesagt: Europäisches Parlament, Ministerrat und Kommission haben sich 2022 auf diese Ziele verständigt. Das hat ein anderes Gewicht als reine Kommissionsvorgaben. Der moralische und politische Druck, aber auch der gesellschaftliche und der mediale Druck werden groß sein. Nicht zuletzt, weil Europa als Wirtschaftsstandort im internationalen Wettstreit steht – auch in puncto Digitalisierung.

Louis kennt keine Krise

Luxusmarkt. Während viele Menschen aktuell den Gürtel aufgrund der hohen Inflation enger schnallen müssen, haben Marken wie Louis Vuitton oder Chanel wenig Grund zur Sorge. Der Luxusindustrie können Ukraine-Krieg und Teuerungsraten bisher nichts anhaben. Im Gegenteil: Das Geschäft mit den hochpreisigen Gütern läuft besser denn je.

Ein Paar Schuhe für 1.000 Euro, eine Handtasche für das Doppelte, dazu die passende Uhr im Wert eines Kleinwagens. Was sich für Normalverdiener generell utopisch anhört, lassen sich Luxuskunden selbst in Krisenzeiten nicht nehmen. Das zeigen aktuelle Zahlen der Unternehmensberatung Bain & Company (Grafik):

Im Jahr 2022 knackte der weltweite Umsatz mit Luxusgütern erstmalig die 300-Milliarden-Euro-Marke – und zwar deutlich.

Eingerechnet sind dabei noch nicht mal teure Statussymbole wie Sportwagen oder Motorjachten, sondern nur „persönliche Luxusgüter“.

Accessoires brachten der Branche dabei mit 130 Milliarden Euro das

meiste Geld ein. Allein der Umsatz mit Lederaccessoires wuchs im vergangenen Jahr um 25 Prozent. Das liegt nicht daran, dass Leder immer beliebter wird, sondern vor allem an den gestiegenen Lederpreisen, die die Luxushersteller an ihre Kunden weitergaben. Und diese zahlen bereitwillig mehr für ihre Lieblingsstücke, schließlich sind Luxuskunden von der allgemeinen Inflation weniger stark betroffen als Normalverdiener. Der Grund: Sie geben einen kleineren Anteil ihres Einkommens für Lebensmittel aus – Lebensmittel gehören zu den Gütern, die sich in den vergangenen Monaten überdurchschnittlich stark verteuert haben.

Gänzlich krisengeschützt ist die Luxusbranche allerdings nicht, wie ein Blick auf das erste Pandemiejahr zeigt:

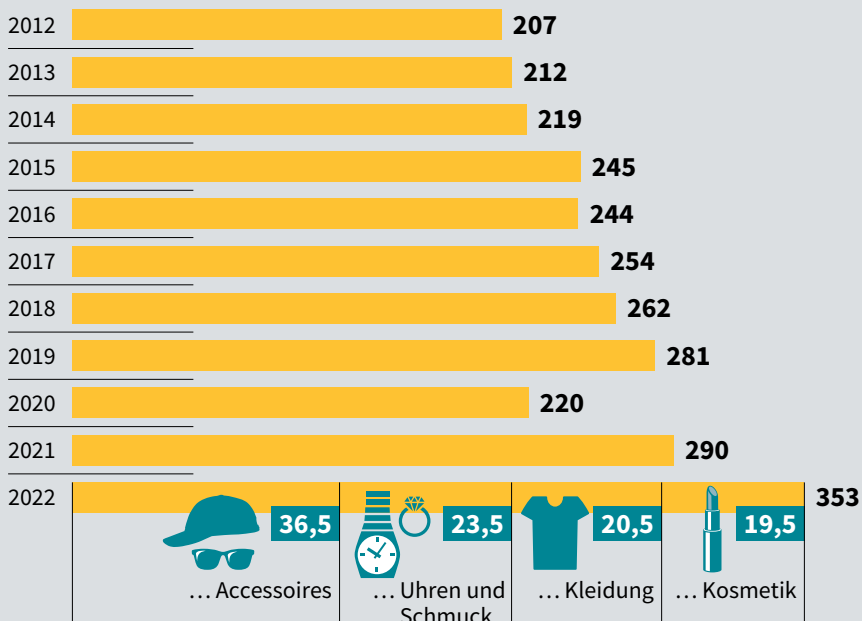
Der weltweite Umsatz mit Luxusgütern ging im Jahr 2020 um rund 22 Prozent zurück.

Geschlossene Geschäfte, Ausgangsbeschränkungen und Kontaktverbote machten es den Luxusmarken schwer, ihre Produkte an die Kunden zu bringen. Hinzu kommt, dass der Luxussektor noch immer stark auf den Einzelhandel und weniger auf den Online-Vertrieb setzt: Im Jahr 2020 machten Online-Verkäufe lediglich 17 Prozent des Luxusgüterumsatzes aus – ein

Luxus gefragt wie nie

So viele Milliarden Euro wurden weltweit mit persönlichen Luxusgütern umgesetzt

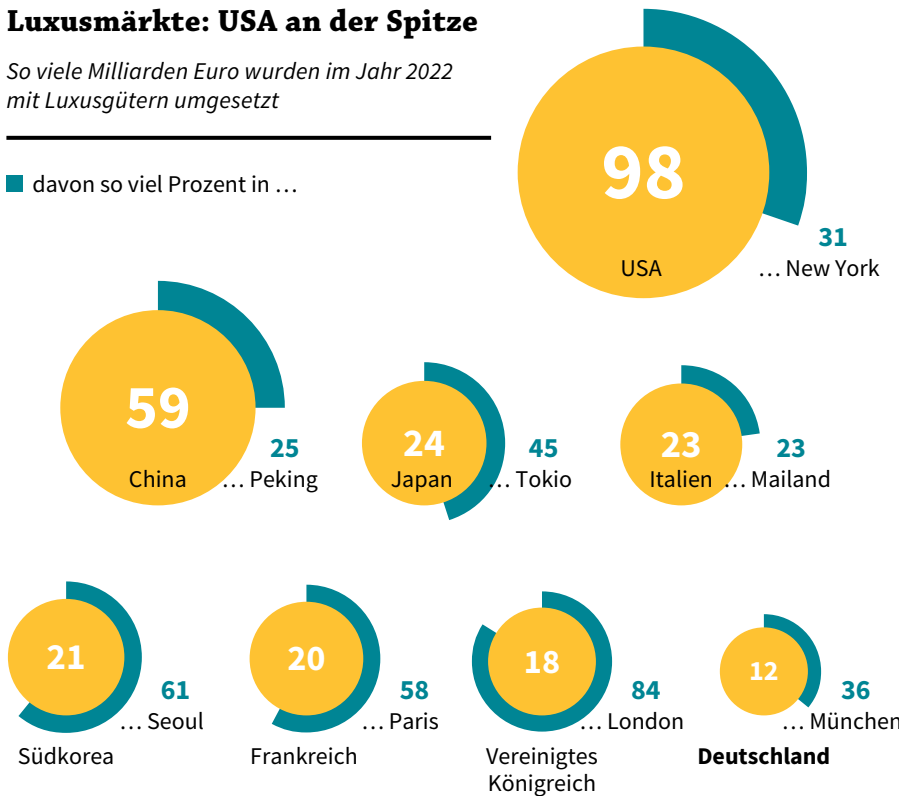
■ davon im Jahr 2022 so viel Prozent für ...



Luxusmärkte: USA an der Spitze

So viele Milliarden Euro wurden im Jahr 2022 mit Luxusgütern umgesetzt

■ davon so viel Prozent in ...



Länderauswahl; China: nur Festland
 Luxusgüter: hochpreisige Accessoires, Kleidung, Kosmetik, Uhren, Schmuck
 Quelle: Bain & Company
 © 2023 IW Medien / iwd

Nachteil in Pandemiezeiten. Doch der Dämpfer war nur von kurzer Dauer. Schon im Folgejahr ging es für die Luxusindustrie wieder steil bergauf.

Einer der großen Gewinner nach der Pandemie ist die Marke Louis Vuitton. 2022 kürte sie die Beratungsfirma Interbrand in ihrem „Best Global Brands“-Ranking zur wertvollsten Marke der Welt. Seit 1987 ist Louis Vuitton Teil der „LVMH Moët Hennessy – Louis Vuitton Group“, die insgesamt 75 Luxusmarken in sich vereint – dazu zählen Dior, Bulgari oder auch Dom Pérignon. Laut der Unternehmensberatung Deloitte entfiel im Jahr 2021 knapp ein Viertel

des gesamten Branchenumsatzes auf die LVMH-Gruppe.

Neben Louis Vuitton zählte Interbrand die vier französischen Hersteller Chanel, Hermès, Cartier und Dior zu den zehn Topmarken 2022. Sind die Franzosen also besonders Luxus-affin? Auf die Marken mag das zutreffen. Die meisten Käufer finden sich allerdings in einem anderen Land (Grafik):

Mit 98 Milliarden Euro setzten Luxusmarken im Jahr 2022 das meiste Geld in den Vereinigten Staaten um.

Fast ein Drittel dieser Summe wurde in New York erwirtschaftet – kein Wunder, beherbergt die Stadt

doch weltweit die meisten Superreichen: Laut dem Wirtschaftsinformationsdienst Wealth-X leben aktuell etwa 22.000 Menschen mit einem Nettovermögen von jeweils mehr als 30 Millionen Dollar in Big Apple.

Auch in China brummt das Geschäft der Nobelmarken. Rund 17 Prozent der weltweiten Erlöse mit teuren Uhren, Schmuck und Co. erzielten Luxuskonzerne im Jahr 2022 auf dem chinesischen Festland, davon ein Viertel allein in der Hauptstadt Peking.

Am stärksten auf eine Stadt konzentriert ist der Luxusverkauf im Vereinigten Königreich. Mehr als 80 Prozent der landesweiten Erlöse setzten die Hersteller teurer Produkte 2022 in London um.

Abseits von den renommierten Luxusmetropolen in Frankreich oder den USA wird Indien zu einem immer wichtigeren Land für das Luxusgeschäft. Angesichts des rapiden Wirtschaftswachstums und der steigenden Zahl an Millionären rechnet Bain & Company damit, dass sich der indische Luxusmarkt bis 2030 um den Faktor 3,5 vergrößert. In Mumbai und Delhi ist das Fundament dafür wortwörtlich gelegt: Bis 2025 sollen dort – in Kooperation mit der Pariser Galerie Lafayette – zwei Einkaufstempel mit mehr als 200 Luxus- und Designerläden entstehen.

Die Zukunft der Luxusindustrie sieht generell vielversprechend aus: Bain & Company rechnet für dieses Jahr mit einem weltweiten Umsatzwachstum von 3 bis 5 Prozent. Sollte sich China wirtschaftlich schneller erholen als gedacht, sind sogar bis zu 8 Prozent möglich.

iwd

Impressum

Herausgeber: Institut der deutschen Wirtschaft Köln e.V. · Präsident: Arndt Günter Kirchhoff · Direktor: Prof. Dr. Michael Hüther · Mitglieder: Verbände und Unternehmen in Deutschland
 Redaktionsleiter: Jork Herrmann (verantwortlich) · Redaktion: Berit Schmiedendorf (stellv.), Carsten Ruge (Textchef), Florian Janssen, Sarah Neu, Alexander Weber
 Grafik: IW Medien GmbH · E-Mail: iwd@iwkoeln.de · Bezugspreis: € 12,55/Monat inkl. Versand und MwSt., Erscheinungsweise 14-tägig · Abo-Service: Friederike Ennsberger, Telefon: 0221 4981-450, ennsberger@iwkoeln.de · Verlag: Institut der deutschen Wirtschaft Köln Medien GmbH, Postfach 10 18 63, 50458 Köln · Telefon: 0221 4981-0 · Druck: Henke GmbH, Brühl · Rechte für Nachdruck oder elektronische Verwertung über: lizenzen@iwkoeln.de · Zur Abwicklung des Vertriebs erforderliche Daten werden nach den Bestimmungen des Bundesdatenschutzgesetzes verwaltet, E-Mail: datenschutz-iwd@iwmedien.de · In dieser Publikation wird aus Gründen der besseren Lesbarkeit im Zusammenhang mit Personen regelmäßig das grammatische Geschlecht (Genus) verwendet. Damit sind hier ausdrücklich alle Geschlechteridentitäten gemeint.



Zahl der Woche

614 Millionen

Liter Speiseeis wurden laut dem Statistischen Bundesamt im Jahr 2021 in Deutschland produziert. EU-weit stellte kein anderes Land so viel her, rund ein Fünftel der insgesamt in der EU erzeugten 3,1 Milliarden Liter stammte aus der Bundesrepublik. Italien, für viele das Eisland schlechthin, lag mit 381 Millionen Litern lediglich auf Rang drei – hinter Frankreich, das 495 Millionen Liter herstellte.

Das Eisdieleis im Becher oder in der Waffel machte 13,5 Prozent des Gesamtabsatzes der süßen Leckerei in Deutschland aus. 2,5 Prozent entfielen auf Softeis. Alles andere war industriell hergestelltes Markeneis, das zum Beispiel Supermärkte oder Kioske verkaufen.

Während in den Eisdieleen kreative Neuschöpfungen wie Mango-Chili oder Salzkaramell besonders beliebt sind, greifen die Deutschen beim Einkauf für die heimische Tiefkühltruhe am liebsten zu den klassischen Geschmacksrichtungen: Ein Viertel des Umsatzes, den der Lebensmittel-einzelhandel zuletzt mit Haushaltspackungen erzielte, entfiel auf die Eissorten Vanille und Schokolade.

Top-Liste: Garteninflation

Der heiße Sommer, extrem wenig Regen und die hohe Inflation haben dem Gartenmarkt im Jahr 2022 keine Luft zum Wachsen gelassen: Mit 21,5 Milliarden Euro setzte die Branche in Deutschland im vergangenen Jahr nur in etwa so viel um wie 2021. Auch für das laufende Jahr rechnet der Industrieverband Garten aufgrund von Preissteigerungen innerhalb seines Sortiments mit einem geringeren Absatz und somit unterm Strich nicht mit einem Umsatzplus. Im Jahr 2022 haben sich vor allem Gartenmöbel und Sonnenschirme mit je rund 13 Prozent Preisaufschlag deutlich verteuert. Unterhalb der durchschnittlichen Inflationsrate, die in Deutschland im vergangenen Jahr 7,9 Prozent betrug, blieben lediglich die Preissteigerungen für Pflanzen (Schnittblumen ausgenommen), Blumentöpfe und -kästen sowie für Motorrasenmäher.

Gartenmarkt: Mobiliar deutlich teurer

Um so viel Prozent verteuerten sich diese Warengruppen im Jahr 2022 gegenüber dem Vorjahr

